

# Kein ethnischer Konflikt

Trotz besseren Wissens wird die Situation in Ruanda bei uns meist als "ethnischer Konflikt" bezeichnet. Nicht selten ist die Schnell-Diagnose mit einer guten Portion Rassismus über die "wilden Zustände dort unten" versehen. Die Reduzierung der Konflikte vieler Länder auf diesen einen Aspekt bringt Vorteile für den Westen. Eine genaue Analyse der Situation wird überflüssig, die eigenen Verantwortungen in der Entwicklung fallen unter den Tisch. Die Industrienationen erscheinen als "machtlöse" Zuschauerinnen und nicht als das, was sie wirklich sind: aktive Parteien im Kampf um die Macht.

Die Reduzierung des Konflikts auf ethnische Rivalitäten hakt in Ruanda und Burundi schon alleine deswegen, weil Hutu und Tutsi nicht unbedingt als "Ethnien" zu bezeichnen sind. Seit Jahrhunderten wohnen Hutus, Tutsis und Twas in dem relativ kleinen Gebiet des heutigen Ruanda und Burundi zusammen, sie sprechen dieselbe Sprache, "kinyarwanda" und zeigen entgegen vieler Behauptungen keine gemeinsamen physischen Merkmale auf. Historische Nachforschungen belegen, daß sie in Kriegszeiten als "Nation" zusammenhielten, der vielzitierte "Haß aus früheren Zeiten" entbehrt also jeder Grundlage. In einer Petition verwerfen WissenschaftlerInnen des "Centre d'Etudes africaines à l'Ecole des Hautes Etudes de Paris" die Theorie eines ethnischen Konflikts in Ruanda. Elikia M'Bokolo aus Zaire wehrt sich ebenso gegen eine Differenzierung der Gruppen nach wirtschaftlichen Aktivitäten. Vor allem deutsche Ethnologen setzten die Theorie in die Welt, die Tutsi seien ursprünglich Viehzüchter und Händler gewesen, während die sesshaften Hutus als Ackerbauern ihr Leben bestritten. Nach M'Bokolo sind Hutus und Tutsis historisch gesehen weder kulturell, politisch, ethnisch noch ökonomisch voneinander zu trennen. Die deutschen und später die belgischen Kolonialherren verstanden es jedenfalls zwischen Hutus und Tutsis Differenzen aufzubauen und für sich auszunutzen. Sie stützten ihr Kolonialsystem auf die seit langem herrschenden Tutsis, gewährten ihnen Zugang zu Ausbildungsmöglichkeiten und verantwortlichen Posten. Als die Tutsis jedoch anfangen sich gegen die Kolonialherren aufzulehnen, begannen die Belgier die Stimmung bei den Hutus aufzuheizen. Nicht ohne Erfolg: 1959 kam es zu einem Aufstand der Hutus, sie stürzten die seit Jahrhunderten herrschende Tutsi-Elite. Hunderttausende von Tutsis waren daraufhin gezwungen ins Ausland zu fliehen. Der Anführer des Aufstandes, Kayibanda, wurde erster Präsident Ruandas. Nach 14 Jahren wurde er 1973 von dem jetzt ermordeten Habyarimana gestürzt. Dieser verhinderte weiterhin die Rückkehr der auf eine Million geschätzten Exilbevölkerung und sicherte sich gleichzeitig die Unterstützung einiger europäischer Länder, darunter vor allem Frankreich.

## Bürgerkrieg seit 1990

Im ugandischen Exil bildete sich die meist aus dort lebenden Tutsi-Flüchtlingen bestehende "Ruandische Patriotische Front" (RPF), die 1990 nach Ruanda einmarschierte. Damals (wie heute) entsandte Frankreich 300 Fallschirmjäger zur Evakuierung seiner StaatsbürgerInnen. Heute ist bekannt, daß das französische Militär in Zusammenarbeit mit Spezialeinheiten aus Zaire den Sturz des Regimes verhinderte. Im Juli 1992 sollte erstmals ein Waffenstillstandsabkommen zwischen Regierung und RPF den Bür-



gerkrieg beenden. Vorgesehen waren unter anderem die Rückkehr der Bürgerkriegsflüchtlinge und die Eingliederung der RPF in die Regierung. Doch das Friedensabkommen hatte zahlreiche GegnerInnen, vor allem in den Reihen der regierenden MRND-Partei (Nationalrepublikanische Bewegung für Entwicklung und Demokratie). In Ruanda, einem der dicht besiedelsten Länder Afrikas spielt der Kampf um Land ebenfalls eine wichtige Rolle. Dies heizt die Stimmung bei den Hutu-Bauern, die um ihre Äcker fürchten gegen Tutsis auf, die zu Hunderttausenden in ihr Heimatland zurückkehren wollen. MRND-An-

Plantu  
in: Le Monde



Plantu, in: Le Monde.

hängerInnen organisierten im Januar in der Hauptstadt Kigali Massendemonstrationen gegen den Frieden. Ende Januar 1993 starben 300-400 Tutsis bei einem Massaker durch MRND-nahe Milizen im Nordwesten Ruandas. Daraufhin nahm der RPF den Kampf wieder auf um dann Februar 1993 ihre Offensive 32 km vor Kigali wieder abbrechen und erneut Waffenstillstand anzubieten. Das Friedensabkommen wurde nach einigen Verzögerungen schließlich am 4. August von Ruandas Präsident Juvenal Habyarimana und dem Führer der RPF Alexis Kanyarengwe im tansanischen Arusha unterzeichnet. Eigentlich sollten gemäß Vertrag die Regierungsarmee und die Guerilla-Truppen miteinander verschmolzen werden, eine gemeinsame Übergangsregierung unter dem Präsidenten Juvenal Habyarimana gebildet und den Tutsi-Flüchtlingen aus Uganda eine Rückkehr ermöglicht werden. Doch in Wirklichkeit wurde im Januar dieses Jahres nur Habyarimana vereidigt, es kam nie zu einer Kabinettsbildung. Übergriffe aus verschiedenen Reihen, sowie die zum Teil wenig kompromißbereite Haltung des seit mehr als 20 Jahren amtierenden Präsidenten verhinderten immer wieder die Bildung einer Übergangsregierung. Internationale Untersuchungskommissionen zur Menschenrechtslage in Ruanda kommen zu dem Schluß, daß sowohl die Armee der Regierung als auch die RPF massive Kriegsverbrechen begangen haben. Desweiteren werden vor allem die Aktivitäten der präsidentennahen Todesschwadronen verurteilt.

## Vorhersehbare Entwicklungen

Bereits im Februar dieses Jahres wurde mehrfach berichtet, in Ruanda bereite sich die Bevölkerung wieder auf einen Bürgerkrieg vor. Von Seiten des Anhängerkreises des Präsidenten wird immer wieder versucht Stimmung gegen die RPF zu machen und den Konflikt als rein ethnische Rivalitäten darzustellen. Obwohl Zugehörigkeitsgefühle zu den beiden Gruppen die Lage stark mitbestimmen, ist das Feld nicht in zwei Lager aufzuteilen. Der RPF, die sich als

demokratische innerethnische Organisation versteht, schlossen sich mit der Zeit immer mehr Persönlichkeiten aus den Reihen der Hutus an. Innerhalb und außerhalb der Regierung bildete sich eine Opposition zu dem autoritären Staatschef, die jedoch keine Einheit darstellt. Die radikalen Hutus der CDR-Partei (Koalition zur Verteidigung der Republik) sind gegen eine Regierung mit der RPF und wollten das Friedensabkommen von Anfang an kippen. Der RPF wird auch aus anderen Hutu-Parteien, so z.B. der MDR (Demokratisch-Republikanische Bewegung) vorgeworfen die Tutsis wieder in die Position der Vorherrschaft bringen zu wollen. Mittendrin steht Habyarimana mit seiner Spezialgarde, der die Beteiligung an zahlreichen blutigen Attentaten nachgesagt wird. Um so verworrener die Lage nachdem Tod Habyarimanas. Das Flugzeug, indem sich die Präsidenten von Ruanda und Burundi aufhielten wurde aller Wahrscheinlichkeit von der Präsidialgarde abgeschossen. Ein vertraulicher Bericht der UNO, den ein UNO-Vetreter aus Kigali an den Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali richtete und der nie veröffentlicht wurde, bestätigt dies. Dem Bericht nach handelte es sich eindeutig um einen Komplott aus Mitgliedern der Präsidentengarde und deren Komplizen bei der Armee. Sie leiteten einen regelrechten Pogrom gegen die Tutsi-Minderheit und Hutu-Oppositionelle ein, aus Angst sie müßten bei Inkrafttreten des Arusha-Abkommens ihre zahlreichen Privilegien abgeben. Das offizielle ruandische Radio soll hier eine einschlägige Rolle gespielt haben. Nach dem Flugzeugabsturz rief es die Bevölkerung auf gegen die angeblichen Tutsi-Attentäter vorzugehen.

## Unterstützung vor allem aus Frankreich

Französische Soldaten, denen schon einmal von BeobachterInnen der "Organisation Afrikanischer Einheit" (OAU) nachgesagt wurde sie würden zusammen mit belgischen Militärs auf der Regierungsseite gegen die RPF mitkämpfen, sind seit 1990 in Ruanda stationiert. Die Hoffnung, mit der Machtübernahme der Sozialisten 1981 würde sich die Politik gegenüber der Diktatur in Ruanda ändern, zerschlug sich schnell. 1990 schickte Frankreich Spezialeinheiten nach Kigali, um die Regierung vor einer Machtübernahme der RPF zu retten. Seit diesem Einsatz waren über 300 französische Soldaten in Ruanda stationiert. Nach der Offensive der RPF im vergangenen Februar hat die Zahl der Militärs aus Frankreichs sich auf 680 erhöht. In einem Bericht kritisiert die Menschenrechtsorganisation "Human Rights Watch" die massive Aufrüstung der ruandischen Armee durch Lieferungen aus Frankreich, Ägypten und Südafrika. Frankreich soll demnach dem ruandischen Regime Waffenkäufe von 30 Millionen Francs ermöglicht haben. Doch die Beteiligung Frankreichs an dem Bürgerkrieg ist noch weitaus direkter: mehreren Berichten zufolge sind französische Fallschirmjäger an der Ausbildung des ruandischen Militärs beteiligt, darunter auch die Präsidialgarde der jetzt die meisten Massaker vorgeworfen werden.

Danièle Weber